



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stellv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 74/2012 Kiel, 13. Dezember 2012

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Haushalt 2013

FDP-Ratsfraktion zu den Bereichen Innenstadtentwicklung, Bau und Verkehr

In der heutigen Beratung zum Haushalt 2013 erklärt die bau- und verkehrspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke, zum Aufgabenfeld 5, „Gestaltung der Umwelt“ (TOP 4.7):

„In dem großen Aufgabenfeld „Gestaltung der Umwelt“ geht es in den Bereichen Stadtentwicklung, Bau und Verkehr im Grundsatz um die Schaffung einer attraktiveren Stadt, in der unsere Bürger Arbeit haben und Arbeit finden und in die man von überallher gerne kommt, um sich hier aufzuhalten, hier einzukaufen und hier zu leben.

Positiv ist daher hervorzuheben, dass das Projekt der Neuansiedlung von **Möbel Kraft** einen großen Schritt vorangekommen ist. Mich freut sehr, dass es sich als weniger problematisch als erwartet herausgestellt hat, den Kleingärtnern Ersatzgärten zur Verfügung zu stellen. Im Laufe des Jahres hat sich jedoch mehr als einmal gezeigt, dass sich einzelne Kleingärtner schon ohne einen großen Partner an ihrer Seite in den Verhandlungen allein gelassen gefühlt haben. Wäre die Ratsversammlung seinerzeit unserem Antrag gefolgt, hätte es weniger Missverständnisse und Ärger gegeben.

In den Bereich der „Gestaltung der Umwelt“ fällt natürlich auch der sogenannte **Stadtstrand**. Wir halten es für richtig, zu untersuchen, ob dieses Projekt machbar ist und zu welchen Kosten und Lasten. Für vollkommen verkehrt halten wir es, den Durchgangsverkehr zum Teil völlig vom Hindenburgufer zu verbannen und in Zukunft hier auch noch über einen anderen Namen für diese Straße nachzudenken.

Einen Stadtstrand und vieles andere mehr lässt sich nur durch **private Investitionen und privates Engagement**, verwirklichen.

Es versteht sich von selbst, dass zur Realisierung von städtischen Vorhaben Verzicht an manchen Stellen notwendig sind. So halten wir Standardreduzierungen bzw. Zuschussverringerungen beim Immobilienmanagement, beim Energiemanagement sowie bei den Pflege- und Bewirtschaftungskosten des öffentlichen Grüns für angemessen, weil uns die Gründe für die beantragten Mehrausgaben nicht plausibel erschienen.

Wichtig ist bei allem - ob es nun um Sparen oder Investieren geht - die **Prioritäten** im Auge zu behalten und dementsprechend zu handeln. Die richtigen Projekte müssen angepackt und umgesetzt werden.

So gehört zu einer attraktiven Innenstadt die Verbesserung der Aufenthaltsqualität an zentraler Stelle, ohne dass die nördliche Innenstadt und der Weg zum Schloss von der mittleren und südlichen Innenstadt abgekoppelt werden. Die **Holstenbrücke** ist dafür ein geeigneter Platz. Deshalb haben wir beantragt, dort einen geteilten Verkehrsraum - **shared space** - einzurichten und die Bürger ausdrücklich zu befragen, wie sie sich die Gestaltung dieses Raumes, etwa mit einer Spielfläche, genau vorstellen. Wir wollen, dass dieser Raum ansprechend gestaltet und von möglichst vielen Kielern genutzt wird. Die kalten und wiederum nicht den tatsächlichen räumlichen Gegebenheiten vor Ort entsprechenden Entwürfe für ein Wasserbecken tragen weder den Wünschen der Kieler Rechnung noch werden sie die Aufenthaltsqualität irgendwie erhöhen. Wir haben daher beantragt, die 600.000 Euro an Planungskosten für dieses Projekt zu streichen.

Auch die **übrige Innenstadt** selbst bietet keinesfalls so ein tolles und dynamisches Bild, wie uns die Kooperation in nimmermüden Abfeier- Presseerklärungen weismachen möchte. Klar haben wir jetzt ein Kaufhaus Nordlicht in der Stadt. Unsere Bedürfnisse nach Drogeriewaren sind nun übererfüllt, nach frischen Lebensmitteln jedoch überhaupt nicht. Sportartikel und günstige Mode an dieser Stelle sind gut, aber der Durchgang zum Wall ist nun gar nicht ansprechend und ob der Elektronikmarkt der erhoffte Anziehungspunkt wird, ist zweifelhaft. Auf jeden Fall ist von der vielbeschworenen Dynamik wenig zu spüren. Die übrige Holstenstraße und der **Alte Markt** bieten nach wie vor ein unbefriedigendes Bild und der Ausstieg aus der Rathausgalerie hat die nächste offene „Baustelle“ eröffnet. Auch die Absage an ECE belegt das gespaltene Verhältnis, das die rot-grüne Kooperation in Bezug auf die schon oben erwähnten privaten Investoren immer wieder an den Tag legt.

Gar keine Dynamik findet sich in der **Schloßstraße**, der seit Jahren verwendete Begriff der „Abwärtsspirale“ gilt leider nach wie vor. Es ist nur zu hoffen, dass dort tatsächlich spürbare Bewegung kommen wird, wie es sich jüngst andeutete.

Neben dem bereits erwähnten Wasserbecken zählt unserer Ansicht nach ebenso die **StadtRegionalBahn** zu den verzichtbaren Projekten. Wir treten stattdessen für eine sukzessive Optimierung unseres ÖPNV in Kiel ein. Dazu gehört auch die Ausweitung des Angebotes der Fördeschiffahrt. Zu beidem haben wir Anträge gestellt, die stets von Ihnen, der Kooperation, abgelehnt worden sind.

Selbst der schon viel zitierte Verkehrsminister Meyer hat kein Verständnis für solche Prestigeprojekte.

Und offenbar hat auch die Oberbürgermeisterin erkannt, dass die SRB keineswegs von allen Kielern und dem Umland positiv eingeschätzt wird. Im Wahlkampf ist sie da sehr deutlich geworden und hat gesagt, über dieses Projekt müsse man die Bürger richtig aufklären und dieses sei ein Fall für einen Bürgerentscheid. Frau Gaschke, damit haben Sie uns aus der Seele gesprochen. Einen **Bürgerentscheid zur SRB** durchzuführen, war Inhalt meines ersten größeren Antrages im Herbst 2008 hier in der Kieler Ratsversammlung – und wurde von der Kooperation abgelehnt! Aber inzwischen sind vier Jahre vergangen und die Einsicht ist jedenfalls bei der Verwaltungsspitze gereift. Prima! Bei Durchsicht des Haushaltes haben wir uns allerdings verwundert die Augen gerieben, für einen Bürgerentscheid sind gar kein Mittel eingestellt worden. Darum haben wir dafür 275.000 Euro beantragt, damit der Bürgerentscheid im nächsten Jahr durchgeführt werden kann und Sie, meine lieben Kollegen von der Kooperation müssen diesem Antrag nur noch zustimmen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer